

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Beilage
„Unsere Heimat“

Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntagsbeilage
„Feierstunden“

Veröffentlichung, Druck und Vertrieb von H. W. Reiter (Herr Johann Nagold)

Erziehung an jedem Sonntag, Beschlüsse der Versammlungen der Gesellschafter und Vorstände entgegen.

Bezugspreis
im April 4 180
einjähr. 16 800
einw. Nr. 10 Nagold, Nagoldstr. 1. Anzeigen: Die einseitige Seite auf geschulter Seite ober dem Raum 12 1/2 wöchentlich, Resten 25 wöchentlich, Familienanzeigen 10 wöchentlich. Bei gerichtl. Verfahren und Redaktionen ist der Rabatt betragsabhängig.

Bestellt die Zeitung im Voraus — Anzeigen sind besser und besser bezahlt.

Die Zeitungsbeilage wird nicht separat bezahlt, sondern ist in dem Preis der Zeitung enthalten. Bei Anzeigen, die länger als 10 Zeilen dauern, ist ein Zuschlag zu machen. Bei Anzeigen, die länger als 10 Zeilen dauern, ist ein Zuschlag zu machen. Bei Anzeigen, die länger als 10 Zeilen dauern, ist ein Zuschlag zu machen.

Telegraphische Adresse:
Gesellschafter Nagold.
Postfachnummer:
Stuttgart 5113.

Nr. 85

Gegründet 1836.

Mittwoch den 9. April 1924

Preis pro Nr. 20.

98. Jahrgang

Tagespiegel

Staatsrat Rau (Zentr.), bisher Direktor des Arbeits- und Ernährungsministeriums, wurde zum württembergischen Staatspräsidenten gewählt.

Reichsanwalt Dr. Marx ist zur Eröffnung der Messe in Frankfurt am Main eingetroffen.

Der Papst hat Herrn Krupp von Bohlen und Halbach empfangen.

Der Bericht des Sachverständigen-Ausschusses Dawes soll am Mittwoch 10 Uhr der Entschädigungskommission übergeben und darauf der Presse zugänglich werden.

Nach einer Mitteilung des englischen Kriegsministers beträgt der Mannschafbestand des englischen Seefregatens (ohne Offiziere) usw. 2666 Mann.

Der landwirtschaftl. „Uebergewinn“

Der bekannte sozialdemokratische Schriftsteller Max Schippel schreibt in den „Sozialistischen Monatsheften“ über die angebliche Geldausföhrung in der Landwirtschaft:

Wir waren gewohnt, im aufschmelzenden Geldstrom zu den landlichen Genossenschaften und Sparvereinigungen den klagenreichen Beweis für die ununterbrochenen riesenhafte Uebergewinne der landwirtschaftlichen Unternehmer zu erdienen. Laßlichlich spiegelt sich in ihnen nur, im Vergleich zu gewerblichen und volkswirtschaftlichen Verhältnissen die längerfristige Spanne des landwirtschaftlichen Geldumschlages, das stärkere zeitliche Auseinanderfallen von Verkauf und Verbrauch, die unvollständige Verwertung der Erzeugnisse für den marktfähigen Export und die Verwertung für die neubeginnende Produktion wider. Ist sogar weiter nichts als die wachsende Unzulänglichkeit der Geldumgänge für unvollständige, obwohl bitter notwendige Anlage- und Betriebsausgaben; ähnlich wie der übliche Marktentwurf lange Zeit Geld für verunglückten Tagesverkauf „über“ hatte, weil es zu den nötigen Anschaffungen von Kleidung, Möbeln niemals reichte. Nicht selten fehlte demnach unsere parteigenössigen Antiquarier einfach Papiermillarden und Goldmarkspennigbruchteile nicht auseinander zu halten. Heute, am Ende der Entkräftungsperiode, wiederum mit zu unserer nicht geringen Verblüffung, daß die Depositionsgelder bei den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften vor dem Krieg sich auf 4,7 Milliarden Goldmark belaufen, im September 1923 dagegen auf sage und schreibe ganze 30 000 Goldmark.“

Dann wendet sich Schippel zu der Frage der Preisbildung, besonders während des Höhepunktes der Inflation. Und er stellt da im einzelnen folgendes fest: „Vor dem Kriege fanden die Preise des schweizerischen Deutschlands beträchtlich höher als in dem großen Exportreich Amerika und in dem Freihandelsland England. Der Roggen ist zu wenig internationale Handelsware, um hier durchschlagende Erfahrungen bieten zu können. Nach der Reichstatistik war jedoch auch hier in Berlin der Jahresdurchschnittspreis 1913 8,22 Mk., der Durchschnitt vom Mai 1923 6,76 Mk., vom August 1923 sogar nur 4,92 Mk., während der Januar 1924 mit 7,03 Mk. angegeben wird. Am 15. Februar fand die Berliner Notierung mit 6,53 Mk. unter dem Durchschnitt aller kontinentaleuropäischen Notierungen (gleich 7,02 Mk.) Seit dem Krieg und der Uebergangzeit haben wir dagegen unsere Getreidepreise durch die zwangswirtschaftlichen Anordnungen beträchtlich niedriger gehalten als auf dem Weltmarkt.“

Als Kartoffelpreis (für 50 kg.) verzeichnet die Reichstatistik 1913 2,71 Mk.; im Erntejahr 1922/23 hielt man ihn noch auf 0,44 Mk. niedriger; als letzte Monatspreise finden sich ab dann in den amtlichen Tabellen vom August bis Dezember 1923 1,34, 0,88, 1,25, 1,95 und schließlich 2,01 Mk. Wohlstand lauten die reichsamlichen Ueberschriften vom Weltmarkt.“

Über das Preisverhältnis stellt Schippel fest: „Das Preisverhältnis von 1913 wie 100 : 100 genommen, hatte im Durchschnitt der ersten 7 Monate des laufenden Wirtschaftsjahres (Juli bis Juni) der Roggen gegen Reichsmark eine Kaufkraft von 61 v. H., Mitte Februar gegen Dänemarks von 84 v. H. Der Preis eines Kusses entsprach 1913 dem Wert von 6,6 Zentner Roggen oder von 24 Zentner Weizen. Ende Januar 1924 war dagegen fast die doppelte Menge Roggen (11 Zentner) und im Oktober 1923 die 4fache Menge Weizen dafür aufzunehmen. Im laufenden Wirtschaftsjahre haben sich zwar die Kartoffelpreise gegenüber dem Vorjahr ganz wesentlich verbessert, aber ihre Kaufkraft beträgt durchschnittlich in den ersten 7 Monaten des laufenden Wirtschaftsjahres trotzdem erst 35 resp. 61 v. H. gegenüber Weizen und Dänemarks.“

In jeder manchen Weise wahrheitsgemäß überraschenden Weise bekam die Landwirtschaft in Wirklichkeit jeden Preis bezahlt, weil sie sich nicht auf eine Stufe mit der Auslandskonkurrenz zu stellen brauchte weil sie keine Konkurrenz hatte.“

Die Landtagswahl in Bayern

München, 8. April. Heute vormittag lag folgendes amtliches Ergebnis der Landtagswahlen im reichsweiten Bayern vor:

Bayerische Volkspartei 919 587, Böhmisches Volk 431 632, Sozialdemokraten 413 862, Bauernbund 307 422, Kommunisten 203 017, Vereinigte Nationale Rechte 197 009, Demokraten 73 818, Nationalliberale Landespartei 29 416, Christlich-Sozialistische Partei 23 029, Bauerngruppe Krabbel 19 840, Deutsche Volkspartei 5 635, Bauernpartei 4 504, Unabhängige Soz. 2 393, Unterfränk. Gemeindericht 11 022, Bayerische Arbeiterpartei 57 533, Mittelstufe 380, Republikanische Partei 285.

Die Abstimmung über den Volksentscheid (es finden nur noch wenige Bezirke aus) hatte folgendes Ergebnis: Für den Entsch. stimmten 1 224 017, dagegen 1 203 882.

Ueber die Verteilung der Landtagsitze läßt sich nur ein Bild von ungefähre geben, da die Wahlen in der Pfalz erst am 4. Mal stattfanden, die der Bayer. Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und den Sozialdemokraten Zuwachs bringen werden, während die Deutschsozialisten im besetzten Gebiet keine Kandidaten aufstellen dürfen. Nach den jetzt vorliegenden Zahlen würden etwa Sitze erhalten:

Bayerische Volkspartei 35, Böhmisches Volk 20, Sozialdemokraten 17, Vereinigte Nationale Rechte 8, Bauern- und Mittelstandsbund 8, Kommunisten 8, Demokraten 2, Nationalliberale Landespartei 1.

Der Stimmengewinn und -verlust der einzelnen Parteien stellt sich ungefähr folgendermaßen dar: Gegenüber den Landtagswahlen von 1920 haben die Sozialdemokraten rund 340 000, die Demokraten 175 000 Stimmen, die Bayerische Volkspartei 250 000 und der Bauernbund 28 000 Stimmen verloren, die Vereinigte Nationale Rechte 180 000 Stimmen, wobei die auf die Nationalliberale Landespartei und die Deutsche Volkspartei entfallenden Stimmen mitgerechnet sind. Die Kommunisten haben rund 110 000 Stimmen gewonnen.

Nachkürze zur Landtagswahl in Bayern

München, 8. April. Eine Abordnung des Böhmisches Volksblocks verlangte von Kultusminister Ratt, der den abwesenden Ministerpräsidenten v. Kulling vertritt, die sofortige Aufhebung des Strafvollzugs für Hitler, Höner, Kriebel und Weber.

In einer Versammlung der Vaterländischen Verbände in München wurde erklärt, Herr von Kahr sei nicht mehr geeignet, den Ehrenvorsitz der Vereinigten vaterländischen Verbände in Bayern zu führen.

Die bayerische Regierung hat Kundgebungen, die von den Deutschsozialisten für den Geburtstag Ludendorffs am 9. April geplant waren, verboten.

Paris, 8. April. Das „Zeit Journal“ schreibt, in den bayerischen Wahlen gebe es zwei Sieger, Ludendorff und Hitler, und zwei Besiegte, Kronprinz Rupprecht und Dr. von Kahr. Die Wahlen können eine große Ueberraschung für die Reichstagswahlen vorbereiten. Stresemann habe an seinem eigenen Verderben gearbeitet, aber er sei in seinen letzten Gestaltwandlungen noch nicht zu erkennen. Die Rechte werde gespalten sein, während die Sozialdemokraten eine feste Masse bilden. Die Ausschichten für die Erfüllungspolitik haben sich wieder gebessert.

Neue Nachrichten

Kein Eisenbahnerstreik in Berlin

Berlin, 8. April. Das Reichskabinett hat die Erhöhung des Wochenlohns der Eisenbahnarbeiter von 20 auf 23 Mark nun doch genehmigt, über die weiteren Forderungen der Arbeiter wird noch verhandelt. Die Arbeiter werden, wie verlautet, auf den nächsten Tag verzichtet.

Eine Million Goldmark für die Ruhigste.

Berlin, 8. April. Aus dem Rest des Deutschen Volksoffiziers wurde für die Rotkrieger, Gefangenen und Ausgewiesenen des besetzten Gebiets eine halbe Million Goldmark angewiesen. Der gleiche Betrag kann aus unmittelbaren Spenden und den ersten Erträgen der von der Postverwaltung herausgegebenen Rothkreuz-Lotterien zur Verfügung gestellt werden.

Der Streik im Berliner Buchdruckgewerbe.

Berlin, 8. April. Da im Berliner Buchdruckgewerbe in Folge der Ablehnung des Schiedspruchs durch die Arbeitnehmer zurzeit ein tarifloser Zustand herrscht, haben eine 40 Firmen, deren Belegschaften die im Schiedspruch vorgesehene Lohnregelung nicht anerkannten und auf einem Wochenlohn von 35 Mark bestanden haben, nunmehr ihrem gesamten technischen Personal gekündigt.

Zwei Niederlagen des Kabinetts Mac Donald

London, 8. April. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Unterhauses kam der abgeordnete Gegenwart der Regierung, daß die unbegleiteten Wohnungsarbeiten der Arbeiter auf die Staatskasse übernommen werden sollen, während der erste Entwurf die Kosten den Vermietern hätte aufbürden wollen. Asquith (Liberaler) bestritt die auf den abgeordneten Entwurf, der von Mac Donald vorgetragen wurde. Nach vierstündiger, hitziger Verhandlung wurde ein Antrag Chamberlains (Kons.), daß die Regierung das Gesetz zurückziehen solle, mit 211 gegen 211 Stimmen angenommen. Dagegen der Beschluß eine Debatte für das Kabinett bedeutet, erklärte Mac Donald die Regierung werde nicht zurücktreten, jedoch die Frage von neuem behandeln.

Bei Schluß der Sitzung brachten Konservativen und Liberalen in der Entscheidung der Regierung, nach der gewisse während des Kriegs angeordnete Abgaben gesenkt werden sollen, einen Änderungsantrag ein, der mit 207 gegen 170 Stimmen angenommen wurde.

Rücktritt des hüringischen Finanzministers

Welmur, 8. April. Der hüringische Finanzminister Dr. Stolze ist zurückgetreten. Der Rücktritt ist eine Folge von Schwierigkeiten, die sich in der Angelegenheit des Staatsbankpräsidenten Roeb mit dem Böhmisches Volk und dem Landbunde ergaben.

Der Bericht Dawes

Paris, 8. April. Der „Main“ ist bereits in der Lage, einen Auszug aus dem Bericht des ersten Sachverständigen-Ausschusses zu veröffentlichen. Die Angaben betrafen im allgemeinen die in letzter Zeit bereits von den Pariser Blättern veröffentlichten Mitteilungen. Von Interesse ist, daß der Bericht u. a. ausführt, die wirtschaftliche Wiederbelebung Deutschlands sei nur unter der Bedingung möglich, daß Deutschland die freie wirtschaftliche Verfügung über die besetzten Gebiete, Zölle usw. wiedergegeben werden. Ueber die militärische Befehung schweigt sich der Bericht aus.

Württembergischer Landtag

Hierbei steht die Wiederwahl ab

Stuttgart, 8. April.

Der Landtag trat heute vormittag 11 Uhr zur Wahl des Staatspräsidenten zusammen. Die Tribünen sind überfüllt und das Haus voll besetzt.

Zunächst wurde ein Antrag Reil (Soz.), eine Entschlieung der Außertrastsetzung der Personalabbaumaßnahmen und aller Abbaumaßnahmen auf dem Gebiet des Schulwesens als zweiter Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

In der weiteren, teilweise sehr lebhaften Erörterung bestritt der Abg. Boß (Ztr.) nochmals die Notwendigkeit des Regierungsrücktritts und verlangte, daß das alte Ministerium die Geschäfte weiterführe bis nach den Wahlen. In der Zwischenzeit solle es von der Entscheidung politischer Fragen absehen, jedoch den Staatshaushalt im Gleichgewicht halten und die Wahlfreiheit garantieren. Abg. Scheel (Dem.) erklärte, daß hierüber die Wiederwahl abhänge. Durch den Antrag des Zentrums sei in den Wahlen eine Ueberschneidung. Die demokratische Partei könne dem Vorschlag, daß die Regierung die Geschäfte weiterführe, nicht zustimmen. Abg. Bazille widerspricht dem Vorredner. Der Abban der Oberämter sei vorläufig eingestellt worden, weil Sünden auf diesem Gebiet nicht so leicht wieder gutzumachen wären wie bei anderen Abbaumaßnahmen. Es sei nur beschlossen worden, mit dem Vollzug der Verordnung einige Wochen zu warten. Damit ging nichts verloren, denn der Vollzug hätte ohnedies Monate erfordere. Eine Notwendigkeit, daß die Regierung die Geschäfte niederlege, bestand nicht, denn der Zentrumsantrag bedeutete kein Mißtrauensvotum. Die Herren (die Demokratie), die beantragt haben, heute die Wahl eines Staatspräsidenten vorzunehmen, waren sich doch schon klar darüber, wie die Wahl erfolgen soll. Wir sehen ihren Vorschlägen entgegen. (Große Unruhe.)

Abg. Boß (Ztr.): Nachdem Scheel erklärte, daß der bisherige Staatspräsident die Wiederwahl ablehne, sei eine Unterbrechung der Sitzung notwendig. Abg. Scheel (Dem.) erklärte sich mit der Verringung einverstanden. Die Parteien, die die Regierung gestützt haben, müssen auch entsprechende Vorschläge machen. Auf denselben Standpunkt stellte sich Abg. Reil (Soz.); die Regierung brauche die Geschäfte nicht auf längere Zeit, etwa 6 bis 8 Wochen, fortzuführen. Auf so lange Zeit könne man kein geschäftsloses Kabinett bilden. Das verbiete schon die Föhlung mit der Reichsregierung, die vor Entscheidungen von ungeheurer Tragweite stehe.

Die Sitzung wurde auf 3 Uhr nachmittags vertagt.

Staatsrat Rau zum Staatspräsidenten gewählt

Nachmittags 3 Uhr trat der Landtag unter großer Spannung wieder zusammen. Bei der Wahl des Staatspräsidenten

spiele.
April
Auswärtige
Einheimische
ag
Bauer
KA
des
Bremen
Hes. — Leben
in New York.
Mannschaften
aus Nord.
anderröle
ausbunior.
erschmaschine.
10
ene 70 v. l.
April 1924.
anzeige!
zeige.
ten, Freunden
die schmerzliche
e Banz, unser
und Großvater
tt
of
ontag im Alter
afen ist.
iet im Namen
ten
geb. Sattler.
itung 1 Uhr.
sichts-Karten
u haben in der
handlung Zaisor
heut an
streb 8 Uhr
Gesamt-
probe.
„Zauber“.



ten beteiligten sich 39 Abgeordnete. Von den Vätern wurden 30 weiße Jettel abgegeben. Von den 50 gültigen Stimmentzetteln fielen 45 auf Staatsrat Rau (Zentr.), je eine Stimme auf die Abgeordneten Hornung und Schmübele.

Staatsrat Rau erklärte sich bereit, die Wahl anzunehmen; er sei sich bewußt, daß es sich im jetzigen Augenblick nur um eine Zwischenlösung handeln könne.

Der neue Ministerpräsident übernimmt selbst das Arbeits- und Ernährungsministerium und das Kultusministerium, zum Minister des Innern und der Finanzen berief er den bisherigen Minister Dr. Holz, zum Justizminister den Minister Begerle. Er dankte dem bisherigen Ministerium. Er werde seines Amtes fähig und gerecht walten, die Staatsautorität wahren und die öffentliche Ordnung gegen alle Angriffe schützen.

Präsident Walter widmete Dr. v. Hieber warme Dankesworte, worauf dieser erwiderte. Die Sitzung wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Der neue Staatspräsident, ein Ulmer, ist der dritte Sohn des verstorbenen Regierungsrats Rau, der früher lange Jahre bei der Kreisregierung in Ulm und dann im Ministerium des Innern tätig war.

Württemberg

Stuttgart, 8. April. Streik der Eisenbahner. Die Streiklage ist, wie die Reichsbahndirektion mitteilt, unverändert. Die Zahl der neu eingestellten Arbeiter steigt stetig. Arbeitsschwere werden sich in nächster Zeit bei der Betriebsübernahme in unvorbereitetem Betrieb mit 58-63 Zügen und 3000 bis 3100 Wagen täglich. Rückstände sind nicht vorhanden.

Der 1. Mai. Nach einem Beschluß der Vereinigten Gewerkschaften soll in Groß-Stuttgart der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert werden. An die Ortsgruppenbesuche wurde das Schreiben geschickt, einen sog. beweglichen Ferientag auf den 1. Mai zu verlegen.

Verchiebung des Deutschen Tags. Da das mittl. Ministerium des Innern öffentliche Versammlungen aus Anlaß des Deutschen Tags der Vaterländischen Verbände von Württemberg und Hohenzollern verboten hat, wurde der Tag bis nach den Wahlen verschoben.

Gegen den Abbau. Die Erklärung des Kultusministers Dr. Hieber, daß der Abbau auf dem Gebiet des Schulwesens nur tragbar sei, wenn auch bei den Oberämtern abgebaut werde, hat zu weiteren Forderungen, den Abbau einzustellen, ermuntert. So verlangt der Lehrerverein im Ministerium, daß alle Abbaumaßnahmen auf dem Gebiet des Volksschulwesens ebenfalls bis 15. Juni ausgesetzt werden. Der Pädagogenverein und der Beamtenbund wollen die Verhinderung bzw. Rückgängigmachung des Abbaus, Wiederanstellung der Pensionierten usw. Diese Wünsche werden allerdings kaum auf Erfüllung rechnen können.

Volkspostbeförderung durch die Straßenbahn. Die zurzeit mit Kraftwagen betriebene Beförderung der Volkspost vom Postamt zum Postamt beim Hofgarten zum Hauptpostamt Stuttgart und von da zu verschiedenen Nebenpostämtern soll versuchsweise durch die Straßenbahn stattfinden. Zu diesem Zweck werden besondere Anhängerwagen gebaut.

Die Wertungswachsteuer soll in Stuttgart wieder eingeführt werden, und zwar soll der Wertungswach bei Grundstücksverkäufen nach Goldmarkt berechnet werden.

Dem Tode. In der Hirtstraße in Gadenberg verübte ein 24jähriger nervenleidendes Hilfsarbeiter durch Gasvergiftung Selbstmord. — In der Küche seiner Wohnung in Cornstatt wurde ein 51jähriger Bier-Isol aufgefunden. Es liegt Gasvergiftung durch Unglücksfall vor.

Aus dem Lande

Messingen b. Eßlingen, 8. April. Bombenanschlag. Am Sonntagabend wurde gegen das Doppelwohnhaus in der Rosenstraße 50 und 51, in dem Wertmeister Hermann Gärtners und Betriebsleiter Max Horn, beide in der Maschinenfabrik Eßlingen angestellt, eine Bombe, vermutlich eine englische Handgranate, geschleudert, die an den Häusern erheblichen Schaden verursachte. Eine zweite Bombe galt dem hiesigen Feldschützbeamten Otto Sohn, Schulstraße 6. Diese Bombe war aus einer Röhre hergestellt und so an der Kuchentüre der Türe befestigt, daß sie beim Öffnen in die Türe fiel und die Türe nicht schloß. Die Art der Herstellung der Bombe läßt darauf schließen, daß die Tat mit den früheren Sprengstoff-Fällen in Zusammenhang steht. Untersuchung ist eingeleitet.

Weinsberg, 8. April. Wildschweine. Am Waldteil Görnie im Stadtwald wurde ein Wildschwein beobachtet.

Großschloßbach. Redorfalm, 8. April. Bodenrutschungen. Beim Kulturen des Bodens sind einige tiefe Löcher in die nahe am Ort gelegenen, vor 25 Jahren noch im Betrieb gewesenen Gipsbergwerke eingedrungen. Der Rutsch ist nun zum Bersten gefährlich. Der alte Bergstapel hat nicht nur seinen Gipskern gebrochen und zertrümmert und mehrschichtig nach oben zuwärt abgebaut, so daß die Folgen sich jetzt zeigen.

Künzelsau, 8. April. Tödlich verunglückt. Der 45 Jahre alte Sohn des Wagners Gerner verunglückte auf dem Rade und starb infolge seiner Verletzungen.

Geiselsheim, 8. April. Heberfall. Inweil des Orts Oberst ein junger Mann eine Sandsteinstrasse, die in der Dunkelheit nach Hause zurückzuführen und verlockte, sie über die Straße zu veranlassen. Der Frau gelang es, zu entkommen. Der Täter ist noch unbekannt.

Weißstall, 8. April. Hopfen. Da und dort wird mit Aufbruch der Hopfenanbau begonnen. Die Pflanzungen sind trotz des kalten und strengen Winters gut durchgekommen und zeigen gesunde Triebe. Bei einigermaßen gelinder Witterung und Wärme im Boden wird allgemein mit Ausbeuten begonnen. — Neuanlagen sind wenig zu beobachten, so wäre jetzt für Ertragsanlagen mehr Aufmerksamkeit vor-

handen, wenn die leeren Beschaffungshöfen nicht abschrecken. Im Süden bereits mancher Landwirt die Ausrottung der Hopfenpflanze.

Pfäfersheim, 8. April. Das Schicksal. Auf dem Bahnhof verunglückte der 17jährige Kaufmann Eugen Graf, Sohn des Unterwirts Graf in Entringen, dadurch, daß sich eine ungesicherte Schusswaffe (Lerzgerol), die er in der Tasche trug, beim Hineingreifen entlad und die Hand nicht unerbittlich verletzete.

Neutlingen, 8. April. Tödlicher Unglücksfall. Der von hier gebürtige Unterwirtsmeister Alfred Schüle von der Schutzpolizei handelte in der Kaserne mit seinem Revolver, wobei ein Schuß sich entlad. Tödlich getroffen brach Schüle zusammen.

Tübingen, 8. April. Militärische Besichtigung. Der Führer der deutschen Reichswehr, General v. Seeckt, weilt jetzt zu einer Besichtigung der Einrichtungen und Übungen des Bataillons in unserer Stadt.

Ludwigsfeld, 8. April. Bierdiebstahl. Bei einer Hochzeit wurde in der „Krone“ von längeren Leuten ein Fass mit 57 Liter Bier gestohlen. Die Täter sind ermittelt.

Bernloch, 8. April. Grippe. Seit einer Woche mehren sich die Erkrankungen an Grippe in unheimlicher Weise. In jedem Haus sind einige Bewohner krank.

Södingen, 8. April. Brand. Im Anwesen des Wäldners Hofner entstand ein Brand, der, von der Scheuer ausgehend, die Scheune, das Wohnhaus und den Anbau einäscherte.

Heidenheim, 8. April. Herenglaube. Eine blasse Frau hatte Brust- und Rückenbeschwerden und glaubte, von einer Hege geplagt zu werden. Sie wandte mancherlei an, aber vergeblich; sie ließ auch den Stadtkirchler holen, der auch keine Hilfe bringen konnte. Man wendete sich an den Herendoktor im nahen Södingen. Der sagt ihr, daß es keine Hege gebe, aber böse Leute, sogar in der Nachbarschaft. In den nächsten Tagen werde jemand kommen und etwas tun, das sei die böse Person. Es kam ein Dienstmädchen ins Haus und entzückte eines Espekts. Das Mädchen mußte die Hege sein. Der Zustand der kranken Frau soll sich bereits durch Behandlung des bayerischen Doktors gebessert haben.

Albstadt, 8. April. Die Freude über die Erhaltung des Oberamts. Die Nachricht von der Ausschließung des Volkstags der Berechnung über die Aufstellung der Oberämter ist hier mit großer Freude aufgenommen worden. Als Stadtschultheiß Dorn von Stuttgart zurückkam, wurde ihm ein feierlicher Empfang bereitet und ein langer Tag unter Beteiligung aller Vereine mit Fahnen und der Stadtkapelle sollte ihm am Bahnhof ob. Dazu läuteten die Kirchenglocken. Dann fand eine Feier im Gasthof zum grünen Baum statt, bei der das Ereignis in entsprechenden Reden gedenkt wurde.

Calw, 5. April. Beerdigung — Schlüsselfeier. Am gestrigen Tag fand die jährlich beladene Beerdigungsfahrt von Missionar Schalks statt. Gebührend von Gedenkwort hatte der Verstorbene sich fähig dem Missionar gewidmet und 3 Jahre lang in Calw als Missionar gewirkt. Seine religiösen Vorlesungen und sein lebenswichtiges Ungenossen machten ihn als einen Mann voller Glaubenskraft und tiefem Gemüt weithin bekannt und beliebt. Defen Heller wies in der tiefen und feierlichen Beerdigung besonders auf die umfangreiche Tätigkeit, auf den geraden und offenen Sinn des Verstorbenen hin; wies er ein Beweiser, eine Stütze in ihrem Glaubensleben gewesen. — Prof. Keller sprach an der gestrigen Schlüsselfeier des Realprogymnasiums und der Volksschule über die gegenwärtigen Verhältnisse der hies. Schulen, wie Schul- und Personalabbau sich ausgewirkt haben. Eine Abschiedsfeier war es zugleich für Herrn Oberbürgermeister Bäcker, der nunmehr nach langer erfolgreicher Beerdigung um seine Zurückberufung eingekommen ist. Die Widmungen und gerühmten Redewörter zeigten, daß er ein überaus geschätzter und beliebter Schulmann gewesen ist.

Die Aufhebung der Auflösung der Oberämter und das Landgericht Hall

Von Landtagsabgeordneten Dr. Schott

In der Presse finden sich über diese Frage Auslassungen, welche zeigen, daß über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung und über die politische Bedeutung Unklarheiten bestehen. Es sei deshalb gestattet, die Fragen darzustellen.

Die Regierung hat durch Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes 7 Oberämter und das Landgericht Hall aufgehoben, nachdem sie infolge des Einspruchs der Bürgerpartei und des Bauernbundes ihre weitergehenden Pläne auf Aufhebung zurückgestellt hatte. Diese Verordnung konnte der Landtag nach dem Vermittlungsgesetz durch Beschluß aufheben. Bürgerpartei und Bauernbund stellen den Antrag auf Aufhebung. Die Regierung erklärte, daß sie zurückziehe, falls die Aufhebung beschloßen werde. Das Zentrum brachte nun einen selbständigen Bescheidungsantrag ein, wonach der Volkstag der Verordnung bis 15. Juni 1924 aufzuheben werden sollte. Der Ausschuss leuchtete ein im ersten Fall verhandelt die ganze Verordnung im zweiten Fall nicht zu beheben, wird aber erst am 16. Juni mitstimmen. Wenn also vor dem 16. Juni nicht eine neue gesetzgeberische Handlung erfolgt, tritt die Verordnung ohne weiteres in Kraft.

In der Sitzung vom 3. April stimmte Bürgerpartei und Bauernbund sowie die Deutsche Volkspartei für Aufhebung, die andere Parteien dagegen, also fast der Antrag durch und nur damit erledigt. Der vom Zentrum eingebrachte Bescheidungsantrag wurde geschäftsordnungsmäßig anders behandelt werden. Paragraph 31 der Geschäftsordnung bestimmt, daß Bescheidungsanträge einer dreimaligen Beratung unterworfen werden. Die erste Beratung ist auf eine einmalige Erörterung über die Grundzüge der Vorlage zu beschränken (§ 45). Die zweite Beratung erfolgt frühestens am zweiten Tag nach Schluß der ersten Beratung (§ 31).

Nun erfolgte am 3. April die erste Beratung. Nach Schluß der Erörterung wurde über den Entwurf abgestimmt. Dafür stimmten Zentrum und Bürgerpartei, dagegen Demokraten und Sozialdemokraten, die Deutsche Volkspartei spaltete sich, zwei Herren enthielten sich und zwei stimmten da-

gegen. Diese Behandlung war unrichtig, denn wie dargelegt, darf nach der ersten Beratung überhaupt nicht abgestimmt werden. Dieses Versehen ist daraus zu erklären, daß unmittelbar vorher über einen einfachen Antrag (der Sp. und des Zentrums) abgestimmt worden war und überlassen wurde, daß es sich jetzt um einen Bescheidungsantrag handelte. Als das Versehen entdeckt wurde, waren die Redner der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Bürgerpartei über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung trotz sachlicher Gegenüberstellung einig. Auch der Herr Präsident überzeugte sich, daß die Abstimmung unrichtig war. Die Unterbrechung einer zweiten Beratung entsprach der Geschäftsordnung, es ist also die im „Merkur“ vom 5. April enthaltene Bemerkung, daß früher die Juristen aller Fraktionen anders entschieden hätten, falsch. Sie hätten nach der Geschäftsordnung eine zweite Beratung mit der anschließenden Abstimmung vornehmen lassen müssen.

Nach der zweiten Beratung erfolgte die Abstimmung. Diesmal stimmte die Deutsche Volkspartei für die Aufhebung des Bescheidungsantrags. Die Mehrheit schloß sich diesem Standpunkt an. Es fragte sich nun, ob der Herr Staatspräsident daraus die Folgerung ziehen mußte, sich dem nicht zu widersetzen. Die Regierung hatte den Rücktritt nur für den Fall der Aufhebung angebracht, war also für den Fall der Aufhebung nicht gebunden. Auch sachlich kein Grund zum Rücktritt vor. Es sind schon Miers Entwürfe der Regierung abgelehnt oder abgelehnt worden ohne daß darin ein Grund zum Rücktritt erblickt worden wäre. Der Abgeordnete Vazille erklärte ausdrücklich, die Entnahme des Bescheidungsantrags des Zentrums bedeute keine Mißtrauensklärung. Innenminister Holz und der Justizminister, welche der Entwurf reformmäßig berührte, fanden in dessen Entnahme keinen Anlaß zum Rücktritt, da sie sich mit Recht sagen, daß es in einem Volkstaat unzulässig sei, eine Verordnung von solcher Bedeutung vier Wochen vor der Wahl durchzuführen, ohne dem Volk Gelegenheit zu einer Entscheidung zu geben. Es ist eine falsche Ansicht, daß die Wahl des Herrn Staatspräsidenten hätte stützen wollen. Hierzu hätte im letzten Augenblick keine Veranlassung. Der Staatspräsident sollte nach dem Willen der Bürgerpartei und des Bauernbundes durch den Volkstagen am 4. Mai gewählt werden, der Herr Staatspräsident in dieser Entscheidung auszuweichen. Andererseits konnte die Wahl nicht deshalb, weil der Herr Staatspräsident mit seinem Rücktritt drohte, ihre sachliche Stellung aufgeben. Hätte sie dies getan, so wäre ihr mit Recht der Vorwurf gemacht worden, sie habe ungeschickt gehandelt.

Aus Stadt und Land.

Magdeburg, den 9. April 1924.

Heber die Sparmaßnahmen auf dem Gebiet der Unterrichtsverwaltung, besonders an Lehrerbildungseinrichtungen bringen wir nachstehend den Wortlaut der Rede des Staatspräsidenten Dr. Hieber (gehalten in der Abendkammer des Landtags am 4. April): Ich habe bei den Abwärtshandlungen mit Entschiedenheit die Notwendigkeit betont auch in Zeiten großer wirtschaftlicher Not die in maßvoller Weise gewonnenen Ueberreste der Lehrerbildungseinrichtungen diese Anstalten leicht und ohne Einschränkungen möglichst zu erweitern in eine bessere Zeit hinduzureiten (Vollst.) und den besonders qualifizierten Stand der Seminarlehrer soweit als irgend möglich in Tätigkeit mit seiner bisherigen Arbeit am Seminar zu erhalten. Die Seminare, auch Vertreter der betreffenden Stände, waren ja verschiedentlich bei mir. Die Seminare spielen für diese Stände, besonders für die Lehrkräfte, für deren Geist und für einen weiteren Fortschritt eine wichtige Rolle — ich erinnere an die Bedeutung von Künzelsau und für das ganze norddeutsche Frankenland, an die Schwarzwalddorlandgebiete, an die Bedeutung von Sauten für das ganze süddeutsche Oberschwaben. Diese Seminare haben in wirtschaftlicher, in kultureller, in sozialer Hinsicht eine kaum zu überschätzende Bedeutung für die Stadt, für die Umgebung, für den Landteil, die sehr ernsthaft einzugehen wurde, aber gar eine Aufhebung würde von der ganzen Bevölkerung mit Recht sehr schwer empfunden. (Sehr richtig.) Ich muß zwar eine eingehende Besichtigung sowohl der Stellenzahl an den Seminaren als des sachlichen Bedarfs in Aussicht nehmen, möchte aber für die obige Aufhebung oder auch nur die nachübergehende Stilllegung von Seminaren die Verantwortung ablehnen. (Sehr gut.) Evidente Einsparungen liegen sich, wie genaue Berechnungen ergeben haben, auch durch Stilllegung nicht erzielen, es wäre eine Scheinparade. Die Zahl der Seminarstellen ist nun infolge Sperrung der Aufnahme von Pädagogen zurückgegangen, so daß heute die Seminare insgesamt mehr 6 oder 5, sondern nur noch 4 oder 3 Klassen haben. Am 1. Juni 1924 haben wir insgesamt, beide Konzepte zusammengekommen, nur noch 37 Klassen; vom 1. September 24. ist es werden nur noch 30 Klassen an unsern hiesigen Seminaren haben. Es sollen in Westfalen kommen 16 Lehrkräfte durch Verlagerung der Klassen, 12 Lehrkräfte durch Schließung der Unterrichtsverpflichtung, die auch hier eingeleitet hat; dann wollen wir sachliche Einsparungen machen durch Einschränkung des Betriebs, Einschränkung der Ausgaben für Reinigung, Heizung, Beleuchtung, die natürlich vermindert werden, durch Wegfallen der besonderen Behandlung des Seminarschiffers usw. Wir wollen gewisse Einsparungen erzielen durch Vermietung von Teilen der Seminargebäude, die durch die geringere Belegung frei werden, durch Verringerung der Ausgaben des Staats bei Unterstützung der Jagd- und ähnliche Maßnahmen.

Verleitet ist mit... dieser Einspruch über dem Hause „Gericht“ zu Bremen, mit dem der Norddeutsche Lloyd seine Linie und Deutschlands Ruf zur See begründete, ist der Grundgedanke des Organisationsvortrags von Herrn Oberleutnant J. See a. D. Bauer, der am Donnerstag den 10. April im Gasth. „Löwen“ stattfinden wird. Der Vortrag, der überall mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, gibt nach einem interessanten Überblick über die Entwicklung der deutschen Handelsflotte, die Seereisen-Tätigkeit und den Bau großer moderner Ozeandampfer an Hand einzelner Filmansichten von Bremen nach New York mitzumachen und die profi-

Wochen...
Das Re...
Erhebung...
Kuba te...
4771 37...
Magdebur...
Die Bay...
Das erl...
Be...
Joh...
Seite...
R...
B...

...den wir dar-
...nicht ab-
...aus zu erfüllen,
...sich den Antrag
...war und über-
...sichtlich (s. S. 10)
...waren die Redner
...der Bürgerpartei
...sodann Gegen-
...erzählte sich, daß
...Berechnung einer
...schätzung, es ist eine
...Bemerkung, daß
...verschieden häu-
...dung eine zweite
...nung vornehmen

ollen Einrichtungen dieser Schwimmenden Badeschiffe aus
eigener Anschauung kennenzulernen. Im Hinblick auf den
nationalen Grundgedanken, daß das Verbot für die För-
derung der Gesundheitspflege und des Uebelverhaltens im
deutschen Volke neu gemacht und angeregt werden soll, ist der
Besuch des ebenfalls interessanten wie unterhaltenden Film-
Vortrags für die Jugend wie für Erwachsene sehr zu empfehlen.
Warnung vor Schwindeln. Dieser Tage kam es vor,
daß ein jüngerer Mann unter dem Vorwand, er habe Mo-
schonen gekauft, sich von einer hübschen Geschäftsfrau den
schönen Geldbetrag borgten ließ. Als man sich über den
jungen Mann, der sich als gut Bekannter aus einem Nach-
barort ausgab, genauer erkundigen wollte, war er spurlos
mit dem Geld verschwunden. Jedermann sei vor solchen
„Freunden“ dringend gewarnt!

Das Reichspensionsamt für die ehemalige Wehrmacht ist
am 31. März aufgestellt worden. Besuche und Anträge von
Pensionären und den Hinterbliebenen sind daher an das zu-
ständige Versorgungsamt zu richten.

Erhöhung der Zeitungsgeldern. Wie berichtet wird,
wird die Reichspost vom 1. Juli an die Postzeitungsgebühren
für die kleineren Zeitungen um das Fünftel, für die großen
um rund das Achtfache des jetzigen Standards erhöhen. — Das
Reichspostministerium scheint es nicht ertragen zu können,
daß das Zeitungsgewerbe nach der langen, schweren Zeit
wieder ein bißchen bloß aufatmen konnte.

Auba kein Siedlungsland für deutsche Landwirte. Ant-
lich wird bezeugt, daß deutsche Landwirte sich
nicht verlocken lassen, unter Verleugung ihres Vermögens
nach Auba auszuwandern, um dort Siedlungsland für land-
wirtschaftliche Zwecke zu erwerben. Die Umstände und
sonstigen Verhältnisse sind auf Auba solche, daß sie An-
siedlern aus nördlichen Ländern keine Aussicht auf ein Fortkom-
men bieten, sondern vielmehr die Gefahr für sie in sich schlie-
ßen, finanziell und körperlich zugrunde zu gehen. Ohne
sollkommene Kenntnis der Lagen zu erwerbenden spanischen
Espane ist an eine Eingewöhnung in das Leben in dem
heißeren Land außerdem nicht zu denken.

4771 375 Arbeitsstunden der Technischen Rothhilfe. Seit
Gründung der Technischen Rothhilfe bis zum 15. März 1924
haben 76026 Rothhelfer und Rothhelferinnen auf 9777 Ein-
kassierten im Dienst und zum Wohl der Allgemeinheit eine
Arbeit von insgesamt 4771 375 Arbeitsstunden geleistet.

Land.

9. April 1924.
Gebiet der Unter-
...Anhalten
...Rebe der Staats-
...Abendkündigung
...absonderhandlungen
...auch in Teilen
...Arbeit gemeinsame
...berse Anhalten
...unvergleichlich in eine
...sonstiges qualita-
...als irgend möglich
...Seminar zu er-
...erreichenden Stöße,
...matters spielen für
...für deren Bestir
...schliche Rolle — ich
...und für das ganze
...von Nagold für
...Beratungsgesicht an
...ke katolische Ober-
...schlichter, in der
...berücksichtigende Be-
...für den Bundesrat,
...gesprochenen Mittel-
...bes Anhalten, die
...eiltliche Salligung,
...er eine Aufhebung
...Recht sehr schon
...war eine erhebliche
...den Seminaren als
...n, nicht aber für
...die vorderegehende
...wartung abliehen.
...sich, wie genaue
...Salligung nicht et-
...Zahl der Seminar-
...nahmen von 300
...Seminare insgesamt
...3 Klassen haben
...beide Konfessionen
...vom 1. September
...an wissen (s. S. 10)
...Besuch kommen 16
...zahl, 12 Bekehrte
...ung, die auch hier
...Anhalten machen
...drückung der Auf-
...tung, die natürlich
...er besonderen Beob-
...mögen gewisse Ein-
...Teilen der Seminar-
...frei werden, durch
...bei Unterführung

Allerlei

Unglaublich oder wahr. Von der „Internationalen
Bewegung für Frieden und Freiheit“ waren in ganz Deutsch-
land Sammlungen von Geld und Schmuckstücken — zum
Wiederkaufen in Nordfrankreich gesammelt worden.
In Würtemberg wurden in der in Ludwigsburg erhei-
benden populären Zeitschrift „Die Frau im Staat“ Au-
rufe für möglichst hohe Spenden erlassen. Eine Sammel-
liste befindet sich in Ludwigsburg. Diese empfindere Teil-
nahme hat die würtl. Abgeordnete Frau Risch (Würgel)
veranlaßt, folgende Anträge an die würtl. Regierung zu
richten: Hat das würtl. Staatsministerium hieron Kenntnis?
Welche Reichshilfe hat die Erlaubnis zu dieser Samm-
lung gegeben? Hat das würtl. Staatsministerium diese
Erlaubnis und die zur Ausfuhr des Geldes ebenfalls ge-
geben? Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.

Häher als Reichstagskandidat. Der bekannte Wande-
redner Ludwig Häher aus Bönnigheim will sich, nachdem
er die Freiheit wieder erlangt hat, als Reichstagskandidat
aufstellen. — Schade, daß er nicht schon im befreiten
Reichstag saß.

Die Bayerische Festspiele. Siegfried Wagner hat durch
eine amerikanische Kunstreise für die Bayerischen Festspiele
dieses Jahr rund 28 000 Dollar zusammengebracht. Die
Kosten der Festspiele werden etwa auf das Doppelte veran-
schlagt. Der fehlende Betrag soll durch Sammlungen auf-
gebracht werden. S. Wagner befindet sich auf der Rückreise
nach Deutschland.

Die deutsche Auswanderung betrug laut „B. T.“ im Jahr
1919: 3000, 1920: 10 000, 1921: 25 000, 1922: 37 000, 1923
über 120 000 Personen. In den Jahren vor dem Krieg hatte
die Auswanderung fast ganz aufgehört. — Die Zahlen be-
dürften keiner weiteren Erklärung.

Das erste Hilfseschiff der englischen Westindienflotte. Die
drei englischen Flaggen, die auf einem Flugplatz von South-
ampton zum Flug um die Welt aufgestiegen sind, wurden
infolge des Nichteinschiffens umweit von Le Havre niedergehen.
Der Flugzeug wurde in den Hafen geschleppt.

Hausentwurf. Im Königshof, einem Vorort von Krefeld,
ist ein herrliches Wohnhaus, in dem sich über einem
Lobloger erhebt, zusammengeführt. Drei der Bewohner
wurden getötet, mehrere andere verletzt.

Der eingefrorene Igel. Ein Gartenbesitzer in Schenken-
gen fand in einem Kieselgraben seines Obsthagens einen
vollständig in einem großen Klumpen eingefrorenen Igel.
Durch Schläge mit der Hand wurde das eisse Gefängnis zer-
trümmert und der Insekt befreit, dem dieser ungewöhnliche
Winterruhezustand scheinbar nicht geschadet hat. Auf einem
hohen Laub begann er sich bald zu bewegen.

Neuwerk als Untergrundbahn. In Neuwerk gibt es
mehr unterirdische Bahnen als in allen übrigen Städten des
Welt zusammengezogenen. Es ist zugleich die einzige Stadt,
die einen Tiefbahnhofsnetzwerk hat; sobald das Dual-
system ausgebaut ist, wird man 213 Meilen oder 340 Kilo-
meter Schnellbahnen mit 618 Weisen (über 1100
Kilometer) haben. Nicht alle Tiefbahnen laufen durchweg
unterirdisch; manche von ihnen haben oberirdische Strecken,
die sogenannten L-Bahnen (von elevated oder erhöht).
Heute zählt das Neuwerker Bahnen an unter- und ober-
irdischen Geleisen fast 1000 Kilometer. Dazu kommen noch
die Straßenbahnen. Im letzten Jahr wurden besonders: Auf
der L-Bahn 348 324 700, auf den Untergrundbahnen
576 650 000, auf dem gemischten L- und Untergrundsystem
480 900 000, auf den Untergrundbahnen 103 350 000, auf
der Dampfbahn von Staten Island 10 650 000, und auf den
Dampfbussen der 5. Avenue 55 000 000 Personen. Die Stra-
ßenbahnen dagegen beförderten 1 071 739 000 Fahrgäste.
Wenn man bedenkt, daß in einem einzigen Wokenträger so
viel Menschen haufen, daß zu ihrer Beförderung nach Ge-
schwindigkeit zehn Tiefbahngänge mit je 10 Wagen nötig sind,
dann begreift man die einschüßliche Überfüllung der Bahnen
während der sogenannten „Hauptzeit“. Dabei haben sich
die Stadtbahnfahrten viermal stärker vermehrt als die Be-
völkerung. Die erste L-Bahn wurde 1878 eröffnet, die erste
Tiefbahn am 27. Oktober 1904. Vor dieser Zeit dachte kein
Mensch daran, die Reise von Brooklyn nach dem Bronx hin
und zurück in einem Tag zu machen; heute fährt man mit
dem Schnellzug eine halbe Stunde.

Handelsnachrichten

Colombien. Berlin, 8. April. 42105 Mill. Mk. (nom.), Ren-
nen 1 Dollar 4,65, London 1 Pfd. Sterl. 20,25, Amsterdam 1 Gul-
den 1,746, Zürich 1 Franken 0,810 Mill. Mk.

Der französische Franken stellte sich 74,50 zu 1 Pfd. Sterl. und
17,12 zu 1 Dollar.

Goldmarkt. Tagesliches Gold 1,5 v. Tendenz, Monatsgold 3,5
Tendenz und höher. Die Kreditmaßnahmen der Reichsbank haben
den Goldmarkt verflärt.

Der deutsche Außenhandel zeigt im Monat Februar eine starke
Steigerung der Einfuhr und eine weit geringere Abnahme der
Ausfuhr. Die Einfuhr betrug über 715,5 Millionen Goldmark
(Januar 598 Mill.), die Ausfuhr 468,5 Millionen (531 Mill.), die
Einfuhr übersteigt also die Ausfuhr um rund 252 Millionen Goldmark.
Die durch Veränderung ausländischer Kredite und den Rückgang
deutscher Auslandsguthaben ausgeglichen werden sein muß. Die
vermehrte Einfuhr, still besonders auf Textilrohstoffe und Holz-
stoffe, der mehr die Bekleidung der verarbeitenden Industrie zu-
geschrieben ist. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Getreiden ist
zurückgegangen, besonders bei Weizengetreide, während Wehl eine
Zunahme aufweist. Andererseits ist die Ausfuhr von Zucker ge-
fallen.

Stuttgarter Börse 8. April. Das Jahresschloß der Börse hat
sich heute nicht geändert. Es lag reichliches Angebot vor als
Folge der bekannten englischen Lage des Goldmarktes, die Nach-
frage war recht bescheiden. Der Markt der Industriewerke
ließ sich nicht ohne Interesse. Bankaktien waren be-
sonnert, nur Vereinsbank schwächte leicht ab auf 3 Mill. Proz.
Nach der Brauereieraktien waren die Aktienmärkte nicht
besonders, Schlinger konnten sich auf 10 erhöhen. Raubbank und
Wilde numerisch schwächer. Ueber waren die Verträge bei den
Metallaktien, von denen Hermannsdorf 0,75, Frank Metall
1,1, Jungmann 0,9 und Württ. Metallwaren 3 anstiegen. Do-
gen waren Metall. Scherer stieg mit 2,5 Ansd. nach unversändert
bleib. Metallische Industrieaktien waren bei den Metallwaren
ein, hier behaupteten nur Heller ihren gestrigen Kursstand.
Nach Autometrie lagen durchweg schwächer. Demler 3,9 bei
höherem Umsatz. Bei den Textilaktien waren Rausser-
aktie bis zu 3 Mill. Prozent zu verzeichnen; nur Kattun weitaus
höher (— 1), Wolltextilaktien durchweg schwächer, Deutsche
Werkzeug (— 1), Union (— 0,5), Weller (— 0,4). Das gleiche Schloß
wies der Markt der Versicherungsmittelwerte auf, bei
denen während des Jahres zu verzeichnen sind. Nach er-
höhten ihren Kurs um 0,5 auf 0,5, Kaiser Otto um 0,5 auf 1,8,
Stuttg. Zucker wurden mit 3,9 gehandelt. Von den übrigen
Werten konnten nur Südbayer Milch und Stuttg. Eisen-
bahnen ihren gestrigen Kursstand behaupten; wesentlich
schwächer lagen Bah. Württ. mit 15, Bremen-Bahndirektor. Der

mit 22,5, Krefelder Württemberg 5,23, Wehrmachers Schin-
gen 5,5 und Jünglings Krefelder 9,5. Salzmarkt Deut-
schen waren mit 70 angeboten ohne Umsatz.
Württembergische Verkehrsbank.

Beilner Getreidepreise 8. April. Weizen mähr. 16,90—17,50,
Sachsen 13,50—14,10, Sommergerste 17—18, Hafer 12,00—13,10,
Zweijährige 25—27, Roggenmehl 21—23,50, Mehl 8,70—10,50,
Weizen 310.

Magdeburger Zuckerpreise vom 7. April. Preis für Weizen-
mehl einschließlich Sach und Verbrauchssteuer für 50 Kg. netto
ab Verladekation für Magdeburg und Umgebung bei Mengen von
mindestens 200 Zentnern gemahlene Weizen; bei prompter Bezie-
rung innerhalb 10 Tagen 20 bis 26,50 Mk., bei Lieferung inner-
halb vier Wochen 27 Mk.

Wärkte

Stuttgart, 8. April. Schlachtleichmarkt. Dem Schlachtleich-
markt am Vieh- und Schlachtleichmarkt waren zugeführt: 112 Ochsen,
50 Bullen (unverkauft) 2, 216 Jungbullen, 218 (109 Jungbullen,
119 (10) Kühe, 670 Kälber, 109 (53) Schweine, 20 Schafe, 2 Ziegen,
4165 aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1, 44—47 (letzter Markt 41—
46), 2, 30—40 (28—35); Bullen 1, 36—38 (33—37), 2, 28—34
(25—30); Jungbullen 1, 43—50,50 (45—49), 2, 37—45 (36—42),
3, 27—34 (26—34); Kühe 1, 30—36 (29—34), 2, 19—27 (18—25),
3, 12—17 (10—14); Kälber 1, 56—59 (55—57), 2, 50—54 (48—53),
3, 43—48 (40—46); Schweine 1, 60—68 (57—70), 2, 62—65 (63
bis 66), 3, 52—59 (57—61). Verkauf des Marktes: mäßig belebt.
NB. Vorstehende Preise sind Schlachtleichmarkt, nicht Stall-
preise.

Der Schlachtleichmarkt in Stuttgart findet in der Woche
aus am Dienstag, in der Osterwoche nur am Donnerstag statt.

Viehmarkt Karlsruhe, 7. April. Zufuhr: 448 Stück, 37 Ochsen,
20 Bullen, 16 Kühe, 31 Ferkel, 20 Kälber, 294 Schweine, darunter
47 aus Holland, 20 Großschaf aus Argentinien, 17 aus Dänemark.
Preis für den hiesigen Lebendgewicht in Mark: Ochsen 1, 40—54,
Bullen 1, 32—44, Kühe und Ferkel 20—34, Kälber 32—38, Schweine
67—73. Beste Qualität über Metz bezahlt. Verkauf des Marktes
langsam. Der Markt wurde jedoch geräumt.

Milchmärke, Dillingen. Zufuhr: 70 Kühe, 19 Käl-
ber, 23 St. Kälber, Kühe 280—320, Kälber 80—107 d. St.
Ferkel 100. — Kirchheim a. T. Zufuhr: 105 Ferkel (100 bis
120 d. St.), 35 Ochsen und Kühe (50—100), 30 Kühe (100 bis
120), 65 Kälber (100—120), 157 St. Kälber (120—170).
Ferkel 100. — Sulz a. N. Zufuhr: 4 Ochsen, 3 Ferkel, 37
Kühe, 72 Kälber, 85 Kälber, 105 Kälber und 2 Kälber. Best-
qualität wurde für Kinder 1—1 1/2 Jahre 100—120 Mk., 1—2 Jahre 120 bis
150 Mk., Kühe 1—1 1/2 Jahre 80—120 Mk., 1—2 Jahre 120—140 Mk.,
1 1/2 Jahre 140—160 Mk., Weiskühe 200—240 Mk., Milch-
kühe 250—300 Mk., Jungtiere 400—500 Mk.

Schweinemärke, Reilweil. Zufuhr: 286 Milchschweine,
2 Ferkel. Preis 42—48 Mk. d. D. Milchschweine. Handel lebend.
Dillingen. Zufuhr: 45 Küfer, 144 Milchschweine. Preis 35
bis 70 hys. 14—22 d. St. Handel neu. — Dillingen. Zufuhr:
10 Milchschweine, 45—60 St. d. P. Handel neu. — Oberkorn-
feld. Milchschweine 17—17 d. St. Best verkauft. — Schwem-
lingen. Zufuhr: 66 Milchschweine, 2 Ferkel. Kühe 46—60 d. D.
Ferkel lebend. — Sulz. Zufuhr: 140 Milchschweine, 2 Ferkel.
Preis 30—70 hys. 145 d. P. Best abis verkauft.

Fruchtmärke, Reilweil. Zufuhr: Weizen 21,64, Stroh
1,50, Gerste 0,432, Hafer 2,00, 20 St. Dinkel Weizen 11—12,50,
Stroh 8—8,50, Gerste 10—11, Hafer 8—8, — Dillingen.
Zufuhr: 28 St. Weizen, 10 St. Weizen, 20 St. Gerste, 38 St.
Hafer. Gerste: Weizen 10,50 Mk., Weizen 11—11,50, Gerste 10,75
bis 12, Hafer 7,50—7,60 Mk. d. St. — Ravensburg. Zufuhr:
10—12, Stroh 14,60—15, Hafer 15—16, Gerste 17—22, Hafer
12—18 Mk. Preise mäßig.

Hein O.H. Seilrath, 8. April. Weizenpreis. Dem
Fremdverkehr der Gemeinde wurden 145 Drey erlöst. Das ist
100 über den Durchschnitt. Rente-Schwenningen. Für Stangen wurden
120—130 Drey erlöst.

Schwäbischer Jahrgarten. Im Bezirk Dillingen sind, zum ersten-
mal seit dem Krieg, wieder einige Jahrgärten aus der Schweiz
angeführt worden.

Devisenkurs in Dillingen		8. April	
	7. April		
Berlin		Gold	Silber
Holländ.	100 Guld.	156,61	157,39
Belgien	100 Fr.	20,55	20,75
Russland	100 R.	87,85	87,61
Dänemark	100 Kr.	69,82	70,18
Schweden	100 Kr.	110,92	111,48
Indien	100 Rup.	18,70	18,70
London	1 Pfd. Sterl.	18,205	18,205
Genève	1 Dollar	4,19	4,21
Paris	100 Fr.	24,54	24,54
Brüssel	100 Fr.	73,22	73,58
Frankfurt	100 M.	56,61	56,39
Basel	100 Fr.	6,08	6,12
Triest	100 Kr.	12,71	12,71
Wien	100 Kr.	6,08	6,12
Amsterdam	1 Pfd. Sterl.	1,776	1,776
London	1 Pfd. Sterl.	1,706	1,706
Bombay	100 R. Guld.	72,81	73,17

Verkauf Nagold.
Bekanntmachung.
Von der Geschäftsdirektion ist dem Holzhauser
Johs. Bessler in Sulz
in Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienst-
leistungen im Stadtwald eine **Ehrenurkunde** ver-
willigt worden. 1250
Nagold, 8. April 1924. Forstmeister Köbler.

Selten günstige Gelegenheit!
Rasierapparate
Qualitätsware
in messing vernickeltem Etui,
samtgefüttert 1245
das Stück N. 1.40
Berg & Schmid.

Vobachs Frauen- und Moden-Zeitung
25. Jahrgang, 1924, Sonntag, 2. Zeitung für die Deutsche Frau!

Probennummern kostenlos.
Bestellungen nimmt jederzeit entgegen
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Göndringen.
Unterzeichneter verkauft einen größeren Posten
meist rottannene Bretter
von 1/2 Zollig an aufwärts.
Ferner ein guterhaltenes
Pferdekarren, sowie Pferdegeschirr.
1239
Clemens Wehrstein, alt Gemeindepf.

Nagold.
Ein Paar
Rohrstiefel
N. 44
hat zu verkaufen.
Karl Rauser
Metzgerstr., Bahnhofstraße.

frisch eingetroffen:
Würfelzucker Bid. 60 Fig.
Kristallzucker Bid. 45 Fig.
Kofosjett Tafel 65 Fig.

Löw.-Drog. Gebr. Benz
in Nagold u. Altensteig.

6—8 tüchtige Maurer
sofort gesucht. 1240
E. Walz, Baugeschäft, Calw.

**Amliche Bekanntmachungen.
Reichstagswahl.**

Auf Grund des § 112 der Reichstimmordnung wird auf Wunsch verschiedener Ortsvorsteher die Abstimmungszeit wie folgt festgesetzt:
Für Nagold, Mühlberg, Stadt Eshausen, Götterbach und Wilsberg von vorm. 8 bis nachm. 5 Uhr, für die übrigen Gemeinden von vorm. 10 Uhr bis nachm. 5 Uhr.
Die Gemeindebehörden werden ersucht, die hieraufgegebenen Vordrucke hiernach richtig zu stellen. Die Abstimmungsprotokolle werden außerdem auf § 118 Abs. 2 der Reichstimmordnung hingewiesen.
Nagold, den 6. April 1924. Oberamt: Mühlberg.

Landtagswahl 1924.

- I. Die Wahl zum Württ. Landtag findet am Sonntag, den 4. Mai d. J. statt. Die Gemeindebehörden haben dies unverzüglich in verständlicher Weise bekannt zu machen.
- II. Die Stimmlisten und Stimmzettel sind vom 9. April bis einschließlich 13. April 1924 zu jedermanns Einsicht auszuliegen.
Die Gemeindebehörden haben unverzüglich in verständlicher Weise bekannt zu machen, wie lange und zu welchen Tagesstunden die Stimmlisten oder Stimmzettel zu jedermanns Einsicht aufgelegt werden, sowie in welcher Zeit und in welcher Weise Einsprüche gegen sie erhoben werden können. Auch haben sie die in dem Reichs- und Ministerium des Innern vom 6. April d. J. (Sonderanz. Nr. 83) unter § 112 II erlassenen einzelnen Anträge rechtzeitig zu erledigen.
- III. Jeder Ortsvorsteher bildet einen Wahlbezirk (Wahlkreis).
- IV. Wahlkreisleiter ist der Ortsvorsteher, im Fall seiner Verhinderung sein Stellvertreter im Amt.
- V. Für jeden Wahlbezirk ist ein Wahlkreisausschuss zu bilden. Er besteht aus dem Vorsitzenden (Wahlkreisleiter) und 4 Beisitzern nebst der erforderlichen Zahl von Stellvertretern.
- VI. Die Abstimmungsprotokolle sind die gleichen wie für die Reichstagswahl. I. Bekanntmachung vom 3. April d. J. (Beilagesch. Nr. 11) und Anlagen Nr. 81.
- VII. Das Gleiche (Siffer VI) gilt bezüglich der Abstimmungsprotokolle (Wahlprotokolle) und ihrer Verhinderung sowie bezüglich der Abstimmungsprotokolle. 1252
- VIII. Die Gemeindebehörden werden auf Siffer VIII des Ministerialerlasses hingewiesen.
- IX. (1) Die Wahlkreisausschüsse dürfen bis zu sechs, im Wahlbezirk Stuttgart-Stadt bis zu zehn Bewerber enthalten, die in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Namen, Vornamen, Stand oder Beruf und Wohnort so deutlich zu bezeichnen sind, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.
(2) Die Wahlkreisausschüsse müssen beim Vorsitzenden des Wahlkreisausschusses bis zum sechzehnten Tag vor dem Wahltag, also spätestens Sonntag, den 17. April 1924, abends 6 Uhr eingereicht sein. Sie müssen von mindestens 10 in diesem Wahlbezirk wahlberechtigten Personen (Wahlberechtigten) unterzeichnet und mit der amtlichen Beurkundung versehen sein, daß jeder Unterzeichner in eine Wählerliste des Wahlbezirks eingetragen ist. Zuständig zu dieser Beurkundung zu erteilenden Beurkundung ist die Gemeindebehörde, in deren Wählerliste der betreffende Unterzeichner eingetragen ist.
(3) Gleichzeitig mit der Einreichung der Wahlkreisausschüsse muß eine schriftliche Erklärung über die vorgeschlagenen Bewerber über seine Zustimmung zur Aufnahme in die Liste vorgelegt werden. Am Bewerber darf sich auf mehreren Wahlkreisausschüssen des gleichen Wahlbezirks vorschlagen lassen.
(4) Jede Wahlkreisausschüsse soll mit einem auf die Voreinstellung der Bewerber hinweisenden oder einem anderen Kennwort versehen sein, das sie von allen anderen Wahlkreisausschüssen des gleichen Wahlbezirks deutlich unterscheidet. J. referierende oder den guten Sitten zuwiderlaufende Bezeichnungen sind unzulässig. Fehlt ein solches Kennwort, so wird die Wahlkreisausschüsse nach dem ersten Bewerber benannt.
(5) Jede Wählervereinigung muß bei der Einreichung ihrer Wahlkreisausschüsse einen Vertreter und einen Stellvertreter bezeichnen. In Ermangelung der Bezeichnung eines Vertreters gilt der erste in der Reihenfolge der Wahlkreisausschüsse als solcher. Der Vertreter ist berechtigt und verpflichtet, namens der Wählervereinigung die zur Beilegung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen abzugeben.

- (6) Die Verbindung ist nur von Bedeutung für die Verteilung der auf eine Partei entfallenden Sitze innerhalb der Partei.
 - XI. (1) Wenn die auf eine Wahlkreisausschüsse abgegebenen Stimmen auch bei der Verteilung der auf die Wahlkreisausschüsse entfallenden überaus geringen Sitze berücksichtigt werden sollen, so muß von den Unterzeichnern der Wahlkreisausschüsse oder von deren Vertretern bis zum sechzehnten Tag vor dem Wahltag, also spätestens am Donnerstag, den 24. April 1924, abends 6 Uhr beim Vorsitzenden des Wahlkreisausschusses die schriftliche Erklärung eingereicht sein, welcher Wahlkreisausschüsse die Wahlkreisausschüsse sich anschließen (Anschlußerklärung). Die Zustimmung der Unterzeichner dieser Wahlkreisausschüsse oder ihres Vertreters zu der Anschlußerklärung ist schriftlich zu erklären. Die Erklärung soll gleichzeitig vorgelegt werden.
(2) Untereinander verbundene Wahlkreisausschüsse können mit derselben Wahlkreisausschüsse angegeschlossen werden. Wird eine Anschlußerklärung für eine von ihnen abgegeben, so gelten auch die anderen verbundenen Wahlkreisausschüsse als an die gleiche Wahlkreisausschüsse angegeschlossen.
XII. (1) Die Wahlkreisausschüsse dürfen nicht mehr als vierundzwanzig Bewerber enthalten. Diese sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Namen und Vornamen, Stand oder Beruf und Wohnort so deutlich zu bezeichnen, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.
(2) Die Wahlkreisausschüsse dürfen nicht als Wahlkreisausschüsse der Wahlkreisausschüsse beim Vorsitzenden des Wahlkreisausschusses bis zum sechzehnten Tag vor dem Wahltag, also spätestens am Donnerstag, den 20. April 1924, abends 6 Uhr eingereicht sein. Sie müssen von mindestens zehn wahlberechtigten Personen (Wahlberechtigten) unterzeichnet und mit der amtlichen Beurkundung versehen sein, daß jeder Unterzeichner in eine Wählerliste des Landes eingetragen ist. Zu diesem Zweck sind die Bestimmungen über die Einreichung der Wahlkreisausschüsse entsprechend anzuwenden (I. oben IX).
- Nagold, den 8. April 1924. Oberamt: Mühlberg.

Kraftfahrzeugeverkehr.

Es besteht Betankung, darauf hinzuweisen, daß die Anträge auf Erteilung von Führerscheinen mit folgenden Papieren belegt sein müssen:

1. einer Geburtsurkunde,
2. einem Photo,
3. einem Zeugnis des Oberamtsarztes,
4. einem Nachweis darüber, daß der Fahrzeughalter bei einer durch die zuständige höhere Verwaltungsbehörde zur Ausbildung von Führern ernannten Person oder Stelle erlernt hat. Aus dem Nachweis muß die Dauer der praktischen Ausbildung im Fahren ersichtlich sein.
Der Nachweis Siffer 4 ist durch Ablegung einer Vorprüfung zu erbringen.
Diese Vorprüfung kann am 14. April ds. J. vor dem Fahrmeister der Landesfabrikale abgelegt werden und es wollen sich Interessenten des Bezirks am 14. April ds. J. vorm. 8 Uhr mit ihren Fahrzeugen bei Herrn Wilhelm Schwick, Reichsstraße in Nagold, einfinden.
Nagold, den 8. April 1924.

Oberamt:
J. K.: Meier, Dr. Kimmann.

Die toden erdnenen
Amts- und Wandkalender 1924/25
für die ev. Volksschulen
sind vorrätig bei
Buchhandlung Jaifer, Nagold.

Als Verlobte empfehlen sich

alljährlich eine stattliche Anzahl junger Paare, die sich gefunden fürs Leben. Wollen diese, daß ihr Verhältnis allgemein, besonders aber bei ihren Freunden bekannt wird, so sei ihnen auch an dieser Stelle eine diesbezügliche Anzeige im

„Gesellschafter“
dringend empfohlen.

Vertreter gesucht

für Mühl- und Futtermarkt.
E. Meier, Stuttgart,
1241 Mühl- und Futtermarkt,
R. in der Nähe 116.

Handwurm
mit Nagel- und Wurmer
ent. ohne Schmerzen
Anschl. 1000
(Herrn) 1. Land, Wenz.
Nagel, Preis 1000
Wurm-Rose
Hamburg 11a 500

Anwesen

aller Art, werden
von mir fest zu
kaufen gesucht.
E. Schuster
Jugend-Heim-Gesellschaft
Neu-Ulm, Kaiser-
str. 32, Tel. 163.

Einzel. Kauf. G. W. Jaifer.

**Deffentliche
Wahl-Versammlung.**

Der Landtags-Kandidat der Württ. Bürgerpartei (Deutschnationalen Volkspartei) für den Bezirk Nagold

Herr Rechtsanwalt Dr. Schott aus Stuttgart

bisheriger Landtagsabgeordneter

wird am Donnerstag, den 10. April 1924, abends 8 Uhr im Traubensaal in Nagold sprechen.

Alle Wähler in Stadt und Bezirk, Männer und Frauen aller Parteien, sind freundlichst zu dem Vortrag eingeladen.

Bezirks-Ausschuß der Württ. Bürgerpartei.

Gefunden

wurde ein
Taschenmesser
in der Gasse.
Abzuholen in der
Schulstraße des Gefunden.



**Riesjamen
Grasjamen
Sparjette** 1907
Saatwicken
Königsberger

**Runkelrübjamen
Saaterbsen**
zu billigen Preisen
Berg & Schmid.

Morgen Donnerstag
von vorm. 1/2 9 Uhr an
bringe ich auf dem Markt-
platz in Nagold eine große
Sendung frisch eingetrol-
fene

Seefische,
geräucherte und marinierte
Fischwaren, direkt
aus Bremerhaven, ferner
billig zum Verkauf.
Joh. Sauter, Fisch-
schereit und Wurstmeier,
Kreuzstr. 10, Heilbronn.

Mädchen,

das melken kann (zwei
Kühe) und zur Verhüte
in Küche und Hausarbeit
bei hohem Lohn u. guter
Behandlung 1255

gesucht.
Eintritt sofort oder später.
Hotel Hirsch
Zwiefelsberg
bei Freudenstadt.

1 Bruthenne
mit Küken,

Wagbold, verkauft 1254
Bobnet, Stel. 1245.

**Mietjins-
Quittungsbücher**
empfiehlt
Buchhandlung Jaifer

Gewerbebank Nagold

e. G. m. b. H.
Telef. 26 u. 46 Postscheckkonto Nr. 402.

Wir vergüten ab 1. April 1924 bis
auf weiteres in laufender Rech-
nung (täglich abhebbares Geld)

10% pro Jahr
auf Sparkonto

12-14% pro Jahr
je nach Kündigungsfrist und Höhe der
Einlagen. 1246

1248 Nagold, den 8. April 1924.



Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe
und Teilnahme, die wir beim Hinscheiden
unserer lieben unvergesslichen Mutter,
Schwieger- und Großmutter

Sara Deuble geb. Brenner

in so reichem Maße erjahen durften, ins-
besondere für die trostlichen Worte des
Herrn Stadtpfarrers und die zahlreiche Be-
gleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagen
herzlichen Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.

**Erstklassiges, junges
Hammelfleisch**

zu haben bei
Friedrich Krauß.



Alle Musik-Instru-
mente für Haus u. Or-
chester, von den einfach-
sten Schüler- bis zu den
feinsten Künstler-In-
strumenten, alles Zu-
behör, Saiten usw.
empfiehlt
in reichster Auswahl
Musikhaus Gurtz,
Pferdsheim, Leopoldstr. 17
Arkaden Kisdalca,
Rehrbüchel.
Reparaturen u. Stim-
men Leigen. Werkstätte.

Mathis,

1202 fabrikneu,
2- und 4saitig,
sofort lieferbar.
**Otto Spindler, Automobil
Kottweil a. N.**

Reißzeuge

in bester Ausführung
sowie
einzelne Zirkel
bei G. W. Jaifer, Nagold.